

# Warum wurde Trump gewählt? Roundtable des ZDEMO zu aktuellen politischen Fragen

18.11.2016 Beim Roundtable-Event zur Wahl von Donald Trump diskutierten am 16. November Wissenschaftler\_innen des ZDEMO. Neben Eigenheiten des US-Wahlsystems wurde eine Spaltung der amerikanischen Gesellschaft als wesentlicher Erklärungsfaktor für das Wahlergebnis ausgemacht. Diese Veranstaltung eröffnete eine neue Reihe von ZDEMO-Roundtable-Gesprächen, die über eine Vortragsreihe hinaus, ein Forum für Austausch und Fragen zu aktuellen politischen Fragen sein sollen.



Ferdinand Müller-Rommel und Christian Welzel.

Hörsaal 5 war überfüllt, selbst auf den Treppen saßen Menschen dicht an dicht. Offensichtlich stieß das vom Zentrum für Demokratieforschung organisierte Roundtable-Gespräch zu Donald Trumps Wahlsieg auf großes Interesse - vielleicht, weil die Medien auch jetzt noch keine befriedigende Antwort darauf geben können, warum Trump gewann und warum sie selbst in ihren Prognosen so falsch lagen. Neben Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel, dem Leiter des ZDEMO, saßen Prof. Dr. Thomas Saretzki, Prof. Dr. Dawid Friedrich, Prof. Dr. Christian Welzel sowie Prof. Dr. Sybille Münch am runden Tisch.

## **Abgehängter Mittelstand und die „popular vote“**

Ferdinand Müller-Rommel erklärte, dass momentan in vielen westlichen Ländern

Bürgerinnen und Bürger mit ihren gewählten Repräsentanten unzufrieden sind, nicht aber mit der Demokratie an sich. Sie wollen einen Wandel, jedoch nicht die grundsätzliche Stabilität des Systems gefährden. Dieses Bedürfnis nach gesellschaftlichen Wandel wurde früher von linken oder sozialdemokratischen Parteien adressiert, dies hat sich in den letzten Jahren geändert. „Die Sozialdemokraten haben sich von großen Reformen verabschiedet“, sagt Müller-Rommel dazu. Mit der Wahl für Trump sind die US-Wählerinnen und -Wähler nun ein Risiko eingegangen: Sie wollen mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit. „Viele Amerikaner, darunter große Teile des Mittelstands, fühlen sich abgehängt“, fasst Müller-Rommel zusammen. Doch ist es nicht seltsam, dass ein Milliardär für diese Gruppe der Abgehängten stehen soll?

Christian Welzel ergänzte diese Frage um einen Faktenblock: Hillary Clinton hat die „popular vote“, die Stimmen des Volkes klar gewonnen. Es gab jedoch eine Diskrepanz zwischen der „popular vote“ und der Wahl des Wahlmännnergremiums, wobei letzteres das Wahlergebnis entscheidet. In den USA bekommt derjenige Kandidat, der die meisten Stimmen eines US-Bundesstaats bekommen hat, die Stimmen aller Wahlmänner des Bundesstaats. Dies ist das sogenannte „The winner takes it all“-Prinzip. In ebendiesem Wahlmännnergremium, dem „electoral college“ hat Trump gewonnen – wenn auch nur knapp. Ein nicht zu unterschätzender Faktor ist zudem der „FBI-Effekt“. Dass das FBI so kurz vor der Wahl eine weitere Untersuchung von Clintons Email-Affäre ankündigte, hat viele potentielle Wählerinnen und Wähler verschreckt.

Interessanterweise gab es beim Wahlverhalten kaum einen Unterschied zwischen den Geschlechtern und nur wenig zwischen verschiedenen Altersgruppen. Signifikant unterschiedlich ist jedoch das Wahlverhalten der verschiedenen Ethnien: Alle nicht-weißen Ethnien, Hispanics, Afroamerikaner, US-Asiaten, stimmten einhellig für Clinton. Die Weißen waren dagegen innerhalb ihrer Ethnie gespalten. Es lässt sich festhalten, dass gut verdienende Weiße mit einem hohen Bildungsabschluss für Clinton, wenig verdienende Weiße mit einem niedrigen Bildungsabschluss dagegen für Trump gestimmt haben.

## **Die Sprachbarriere**

„Die USA sind ein gespaltenes Land“, hielt Welzel fest. Diese Spaltung zieht sich zwischen den Ethnien, zwischen Stadt und Land und auch zwischen wenigen gut verdienenden und vielen schlecht verdienenden. Letztere haben für Trump gestimmt und intuitiv würde man sagen, dass das etwas mit Populismus zu tun hat – aber was?

Welzel weist darauf hin, dass Sprache nicht einfach ein Werkzeug zum Transportieren von Informationen ist, sondern auch als sozialer Marker funktionieren kann. Dies ist nicht US-spezifisch, sondern gilt überall. Je nachdem wie jemand spricht, und zwar

unabhängig vom Inhalt, nimmt man den oder die Sprecher oder Sprecherin als Teil der eigenen Gruppe wahr oder eben nicht. Welzel identifiziert zwei Arten des politischen Sprachgebrauchs: „Political Correctness“ und „Locker Room Talk“. Die ursprüngliche Frage, nämlich wie es dieser Milliardär geschafft hat, den pauperisierten Arbeiterinnen und Arbeitern glaubhaft zu machen, er sei einer von Ihnen, erhält hier nun eine überraschende Antwort: Indem er ihre Sprache sprach. Die Trump'schen Obszönitäten werden von Arbeiter\_innen nicht als solche, sondern als Identifikationsangebot wahrgenommen, als ein „er redet so wie wir“ - im Unterschied zu der, aus Sicht der Arbeiter\_innen, abgehobenen Sprache der „political correctness“. Nachdem einmal diese Assoziation („einer von uns“) etabliert war, war es eigentlich egal, wer Trump in Wirklichkeit ist. Die Medien haben massiv unterschätzt, wie groß der Wunsch der Wählerinnen und Wähler war, „denen da oben“ eine Lektion zu erteilen. „Diese Spaltung“, erklärt Welzel, „für die auch die Sprachbarriere steht, ist nun politisiert. Die etablierten Parteien müssen diese Barriere überwinden.“ Somit sei es auch kontraproduktiv, da die sprachliche Barriere noch vertiefend, Trump-Anhänger\_innen umstandslos „Faschisten“ zu nennen.

## **Undemokratische Demokratien?**

In der anschließenden Diskussion kam aus dem Publikum die Frage, ob die USA überhaupt eine Demokratie seien, wenn man das Wahlmännersystem bedenke. Dazu bemerkte Welzel trocken: „Die US-Wahl ist nach unseren Prinzipien nur bedingt demokratisch.“ Der große Unterschied zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Wahlprinzip ist, dass in Deutschland jede Stimme exakt gleich zählt: Nämlich genau einmal und zwar ganz unabhängig davon, aus welchem Bundesland man kommt. In den USA dagegen zählen manche Bundesstaaten mehr, andere weniger. Am meisten zählen die Stimmen aus Ohio und Florida, weswegen dort auch am intensivsten Wahlkampf betrieben wird.



Dawid Friedrich (stehend), links daneben Thomas Saretzki, rechts Sybille Münch.

Dies wurde im Publikum weiter diskutiert und bestätigt, woraufhin Dawid Friedrich

das Wort ergriff. Er erinnerte daran, dass auch das demokratische System Deutschlands nicht perfekt sei. So gäbe es hierzulande stets die Gefahr, dass sich eine große Koalition bildet - womit die Stimme des Wählenden de facto ebenso irrelevant wird, wie sie es in den USA ist. Dies berge Gefahren; so hat auch Müller-Rommel in seiner Forschung den Zusammenhang zwischen der großen Koalition der 60er Jahre und dem Erstarren des Rechtsextremismus nachgewiesen. Beide Systeme, das deutsche wie das amerikanische, haben jedoch das Versprechen auf einen Machtwechsel gemeinsam - und dies sei der Kern der Demokratie.

Ein anderer Zuhörer äußerte die These, dass die Demokraten die Arbeiterschaft nicht nur sprachlich, sondern auch wirtschaftlich abgehängt hätten; dass also das Abrutschen des Wahlverhaltens der Arbeiter\_innen nach rechts auch dadurch erklärbar sei, dass deren zunehmende Prekarisierung von den Demokraten nicht beachtet wird. Sybille Münch antwortete daraufhin, dass hier auch Rassismus eine Rolle spielt. Müller-Rommel stimmte der These des Fragenden vorsichtig zu und ergänzte, dass mittlerweile zwei Drittel aller US-Amerikaner unter 2.000 € im Monat verdiente: „Das ist alarmierend.“

## **Bedeutung für Europa und Deutschland**

Als zum Schluss mehrere Fragen zu Russland kamen, erklärte Müller-Rommel, dass das zukünftige Verhältnis schwer abzuschätzen sei. Zwar mag Putin Trump, weil letzterer die westliche Vormachtstellung schwächt und der Westen nun nicht mehr so herablassend gegenüber Russland auftreten wird. Doch zu einer Männerfreundschaft, wie sie zum Beispiel bei Gerhard Schröder und Putin bestand, wird es nicht kommen - Trump und Putin sind sich kein einziges Mal begegnet. „Hier treffen zwei nihilistische politische Akteure aufeinander“, warnt Müller-Rommel. Auf die Frage, welche Auswirkungen die Wahl eines Populisten in den USA auf Wahlen in Deutschland haben könnte, stellte er fest: „Mit vielem davon ist auch in Deutschland zu rechnen“. Allerdings bräuchten populistische Parteien eine starke Führung und zerfielen bald, wenn es keine oder gar einen Führungskonflikt gibt, bislang hat dieses Schicksal alle populistischen Parteien der BRD getroffen. Eine Gefahr sieht Müller-Rommel eher an anderer Stelle: „Das Problem bei den etablierten Parteien ist, dass sie so tun, als wäre nichts geschehen.“

---

Nach einer Professur in Düsseldorf übernahm Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel 2003 die Professur für Vergleichende Politikwissenschaft an der Leuphana Universität Lüneburg. Seit 2004 leitet er das Zentrum für Demokratieforschung. Gastprofessuren führten ihn unter anderem nach Florenz und Kalifornien. In seinen aktuellen

Forschungsprojekten beschäftigt er sich unter anderem mit vergleichender Parteien- und Regierungsforschung. In diesem Jahr erschien von ihm das Buch „Party Politics and Democracy in Europe“.

### **Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel**

Universitätsallee 1, C4.023a

21335 Lüneburg

Fon +49.4131.677-2486

muero@uni.leuphana.de

### **Links**

- Homepage Ferdinand Müller-Rommel
- ZDEMO

### **Zur US-Wahl**

Im Vorfeld der Wahl fand das an der Leuphana koordinierte "U.S. Embassy School Election Projekt 2016", statt. Weitere Infos zu dem Projekt, bei dem Schülerinnen und Schüler versuchten, eine Vorhersage der Wahl zu treffen, hier.

---

*Autor: Martin Gierczak, Universitätskommunikation. Neuigkeiten aus der Universität und rund um Forschung, Lehre und Studium können an [news@leuphana.de](mailto:news@leuphana.de) geschickt werden.*

---

Datum: 18.11.2016

Kategorien: 1\_Meldungen\_Universität, ZDEMO\_Meldungen

Autor: Martin Gierczak

E-Mail: [gierczak@leuphana.de](mailto:gierczak@leuphana.de)